

173/2005

Stuttgart, den 08.06.2005

Mappus' Offenbarungseid bei Stuttgart 21 Palmer: Bundesregierung lehnt finanziellen Nachschlag ab

Die von CDU-Fraktionschef Mappus geforderten Verhandlungen über eine erhöhte Bundesfinanzierung für Stuttgart 21 legen aus Sicht der Grünen im Landtag die Wirtschaftlichkeitsprobleme des Tunnelprojekts schonungslos offen. „Wenn Mappus jetzt mehr Geld vom Bund und der EU will, dann gesteht er neue Riesenlöcher bei Stuttgart 21 ein“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen Boris Palmer.

Nach Palmers Auffassung zielt Mappus auf die Probleme ab, die sich aus der für Mai angekündigten aber noch immer unveröffentlichten Wirtschaftlichkeitsberechnung für Stuttgart 21 ergeben. Die bekannten Kostensteigerungen von über 200 Millionen Euro seien vertraglich weitgehend geregelt, dafür müsse mit dem Bund nicht verhandelt werden. Offensichtlich wisse Mappus, dass die Bahn intern eine weitere Finanzierungslücke von mindestens 300 Millionen Euro aufgrund bislang zu hoch angesetzter Einnahmen errechnet habe. Nur dieses Gesamtdefizit von einer halben Milliarde Euro erkläre die Nachforderung an den Bund.

Eine solche Nachforderung ist aus Palmers Sicht sachlich und vertraglich abstrus: „Die CDU ist offenbar fest entschlossen, den Tunnelbahnhof zu bauen, egal was es kostet. Selbst die größten Stuttgart-21-Fanatiker müssten aber einsehen, dass irgendwo eine Sinnhaftigkeitsgrenze ist. Spätestens bei einem Finanzierungsloch von einer halben

Milliarde ist Stuttgart 21 unwirtschaftlich und sinnlos. Voraussetzung für die Beteiligung des Bundes an Stuttgart 21 war immer die Begrenzung der Zuschüsse auf den Betrag, den er sowieso für den Ausbau der Bahnstrecke Stuttgart Wendlingen zahlen müsste. Wer das in Frage stellt, entzieht Stuttgart 21 die Geschäftsgrundlage.“

Auch in der Sache könne der Bund Mehrkosten für Stuttgart 21 nicht akzeptieren, weil dann Schienenprojekte mit höherem Verkehrswert weiter nach hinten rutschen. Palmer nannte als Beispiel die Strecken Mannheim-Frankfurt, Karlsruhe-Basel, Stuttgart-Zürich oder Ulm-Lindau, deren Finanzierung ohnehin sehr schwierig sei.

In seiner Bewertung sieht Palmer sich durch das Bundesverkehrsministerium bestätigt. In einem Schreiben vom 31. Mai 2005 teilt der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Achim Großmann Palmer mit: „Die Beteiligung des Bundes an Stuttgart 21 ist in Höhe von 453 Mio. € plafoniert und beinhaltet die Sowieso-Kosten der Einbindung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm in den Knoten Stuttgart. Damit ist geregelt, dass der Bund eventuelle Kostenerhöhungen nicht trägt oder mitträgt.“

Für Palmer hat Mappus sich mit seiner Forderung in die Kakophonie der CDU—
Programmdiskussion um Steuern eingereiht: „Offenbar darf man in der CDU vor der Bundestagswahl alles versprechen: Niedrigere Steuersätze, höhere Zuschüsse zur Krankenversicherung und eben auch mehr Geld für Stuttgart 21. Auf solche ungedeckten Wechsel kann man aber keine Tunnel bauen.“